

Sie möchten mitmachen?

Informationen anfordern

Hiermit bitte ich um weitere Informationen über die Partei DIE LINKE in Mönchengladbach, so wie über die Satzung und die Mitwirkungsmöglichkeiten.

Nachname

Vorname

Straße / Nr.

PLZ / Wohnort

Telefon

E – Mail

original sozial
www.die-linke-mg.de



Bitte einsenden an:

Vorstand Die Linke - KV Mönchengladbach
Helmut Schaper
Postfach 30 10 01
41191 Mönchengladbach

Regelmäßige Treffen (pro Monat)

- DIE LINKE. Mitgliederversammlung: jeden 3. Mittwoch Geneickener Bahnhof, Otto-Saffranstraße 102
- DIE LINKE. Ortsverband MG-Stadt: jeden 1. Montag Restaurant El Habib, Kaiserstraße 104
- DIE LINKE. Ortsgruppe Rheydt: jeden 1. Donnerstag Geneickener Bahnhof, Otto-Saffranstraße 102
- Solid / Linksjugend: jeden 4. Donnerstag Orte wechselnd, Infos unter solid@die-linke-mg.de

(Termine könnten variieren. Bitte, telefonisch oder über das Internet unter www.die-linke-mg.de/Termine vorher abklären)

+ Erwerbslosenfrühstück +

Erlebnisse austauschen über die ARGE, Tipps weitergeben und dabei noch gut frühstücken.

17.09.2009 ab 10 Uhr

LiLO Büro, Burgstraße 4
41199 Mönchengladbach

Ansonsten Öffnungszeiten
für Sozialberatung
Montags . Freitags
10:00 - 12:00 Uhr
16:00 - 18:00 Uhr

+ Erwerbslosenfrühstück +

Herausgeber dieser Broschüre:

DIE LINKE.
Kreisverband Mönchengladbach

Kreisverband Mönchengladbach
Vorstand / V.i.S.d.P:

Helmut Schaper
Postfach 30 10 01
41191 Mönchengladbach
Telefon: 0 21 66 / 979 22 43
E-Mail: buero@die-linke-mg.de

DIE LINKE.

Kreisverband Mönchengladbach

Rechtswidrige Schikanen:

**Keine Kürzung des
Existenzminimums!**

Sanktionen aussetzen!



**„RÜCKSEITE BEACHTEN:
ERWERBSLOSENFRÜHSTÜCK!“**

Junli 2009

original sozial
www.die-linke-mg.de



Sanktionen gegen Hartz-IV Beziehende aussetzen!

Das „Bündnis für ein Sanktionsmoratorium“ fordert von den Bundestagsparteien die Abschaffung der Sanktionen für Hartz-IV-Beziehende. Dem Bündnis aus 112 ErstunterzeichnerInnen gehören neben PolitikerInnen von SPD, Grünen und Linkspartei, VertreterInnen von Kirchen und Gewerkschaften, auch Sozial- und Rechtswissenschaftler sowie Schriftsteller und Künstler, wie Günter Grass, Dieter Hildebrandt und Günter Wallraff an.

Die Kernaussagen des Aufrufes für ein Sanktionsmoratorium sind:

Das Existenzminimum darf nicht angetastet werden!

Die Leistungen für Hartz-IV-Beziehende sind schon das Existenzminimum. Schon heute leiden viele Hartz-IV-Beziehende unter einer Mangelernährung. Eine Kürzung gefährdet die Existenz. Hinzu kommt, dass bei Bedarfsgemeinschaften Sanktionen die ganze Familie treffen. Das ist eine Form der Sippenhaft.

Arbeitslose sind nicht an der Arbeitslosigkeit schuld!

Es fehlen Existenzsichernde Arbeitsplätze. Mit der Sanktion wird so getan, als hätten die Erwerbslosen ihre Lage selbst verursacht und müssten zur Arbeit getrieben werden. Es gibt jedoch keine Arbeit. Von daher fördern Sanktionen auch keine Arbeitsaufnahme.

Sparvorgaben sind unsozial und unrealistisch!

Nach Maßgabe des Ministeriums für Arbeit und Soziales und der Agentur für Arbeit sollen die ARGEN die Existenzsichernden Leistungen um 3% senken und die Vermittlungsquote trotz steigender Arbeitslosigkeit erhöhen. Diese Zielvorgabe „fördert“ die Sanktionsbereitschaft der ARGEN. Der Zwang, die Vermittlungsquote zu erhöhen, fördert ausbeuterische Beschäftigungs-

Sozialberatung
und
Bürgersprechstunde

LiLO-Büro, Burgstraße 4
41199 Mönchengladbach
Tel.: 02166 - 9792249
E - Mail: lilo-mg@gmx.de

Öffnungszeiten
Montag - Freitag
10:00 - 12:00 Uhr und 16:00 - 18:00 Uhr

verhältnisse, bei denen die Menschen trotz Arbeit arm bleiben und weiter zusätzliche Leistungen der ARGEN beantragen müssen.

Aus den aufgeführten Gründen heraus ist ein sofortiges Moratorium, ein Aussetzen des Sanktionsparagrafen notwendig, damit diese rechtswidrigen Schikanen aufhören. Weitere Informationen zu dem Moratorium und die Möglichkeit, dies zu unterstützen, finden Sie unter:

www.sanktionsmoratorium.de

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach Aussetzung der Sanktionen. 789.000 Erwerbslose sind betroffen. Anlass dafür kann ein nicht wahrgenommener Termin sein oder eine nicht genügende Anzahl von Bewerbungsnachweisen. Wie fragwürdig die Sanktionspraxis ist, zeigt die Behandlung der Widersprüche dagegen. 41% der Widersprüche und 65% der Klagen gegen die Sanktionen waren ganz oder zumindest teilweise erfolgreich. Hinzu kommt noch, dass mit Sanktionen ja keine Arbeitsaufnahme gefördert werden kann. Es gibt ja kaum Existenzsichernde Arbeitsplätze. Von daher sind Sanktionen lediglich ein Disziplinierungsmittel, mit dem auch die vorgegebene Mittelkürzung durchgesetzt werden soll.

Die Situation wird sich nach der Bundestagswahl noch weiter verschärfen. Dann werden sicherlich CDU und FDP noch weitere Leistungs-

einschränkungen und Steuererhöhungen bei der Mehrwertsteuer fordern. Forderungen, die sie jetzt vor der Wahl verschweigen. Hinzu kommen demnächst nach Ablauf von Arbeitslosengeld I oder Kurzarbeit noch weitere 400.000 Menschen hinzu, die dann auf Hartz IV angewiesen sind.

DIE LINKE fordert langfristig die Abschaffung von Hartz IV, der Armut per Gesetz. Bis dahin setzt sie sich für folgende Forderungen ein:

Um Armut trotz Arbeit zu verringern, ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde einzuführen. Ein-Euro-Jobs sollen durch öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden, die sozialversicherungspflichtig und freiwillig sind. Sie dürfen nicht unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns entlohnt werden. Um Leiharbeit einzuschränken, muss ab dem ersten Einsatztag ohne Ausnahme das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten. Zudem muss die Einsatzdauer auf sechs Monate begrenzt und die Mitbestimmung von Betriebsrätinnen und Betriebsräten gestärkt werden. Die Subventionierung von Minijobs und Befristungen ohne sachlichen Grund werden abgeschafft. Sowohl Erwerbslose als auch Beschäftigte brauchen mehr und bessere Weiterbildung. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um die eigene Qualifikation aufzubauen, zu erhalten und zu verbessern. Der Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte muss verringert werden, indem das Arbeitslosengeld I länger gezahlt, das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro erhöht und die Zumutbarkeitskriterien beim Arbeitslosengeld I verbessert werden. Das Existenzminimum darf nicht gekürzt werden.



**Am 30. August:
DIE LINKE.**

